

11.22

Müll und Abfall

54. Jahrgang
November 2022
Seite 585-652

www.MUELLundABFALL.de

Fachzeitschrift
für Kreislauf-
und Ressourcen-
wirtschaft



Umweltrecht in der Praxis Planung und Zulassung umweltrelevanter Vorhaben

Von Dr. jur. Sven Fischerauer

2022, 555 Seiten, mit zahlreichen Übersichten,
Praxistipps und Beispielen, € 74,-

ISBN 978-3-503-20908-8

eBook: € 67,40. ISBN 978-3-503-20909-5

Online informieren und bestellen:
www.ESV.info/20908



Abfallwirtschaft

Treiber der Klimakrise oder des Klimaschutzes

Waste management

Driver of the climate crisis or climate protection

Werner Bauer



Werner Bauer
ist Geschäftsführer der ia GmbH und Initiator des Netzwerks ForumZ, das sich als Interessensvertretung der nachhaltigen kommunalen Abfallwirtschaft versteht.

Zusammenfassung

Die Akteure der Abfallbranche sind sich bewusst, dass ihre Leistungen positive Beiträge zum Klimaschutz liefern. Eine stringente Strategie allerdings, wie der Klimawandel am besten zu bekämpfen wäre, ist nicht vorhanden, obwohl die aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen aus Deutschland nach dem Deponieverbot 2005 abgeleitet werden könnte. Die Erfolge der thermischen Verwertung, durch die das Deponieverbot erst realisiert werden konnte, werden übersehen.

Eine in Ländern ohne Deponierung (unbehandelter Abfälle) nachvollziehbare Fokussierung auf Vermeidung und Recycling, wird von der EU zur Maxime ihrer Kommunikation in der gesamten EU erhoben. Durch eine gezielte Strategie könnten sehr schnell hohe CO₂ Reduzierungen erreicht werden. Dazu müssten in allen Länder, Projektförderungen gezielt darauf abgestellt werden, dass sie auf das Schließen von Deponien hinwirken. Projekte mit hohen Potentialen zur Reduzierung von Treibhausgasen müssen priorisiert werden. Da dies in das Selbstverständnis der einzelnen Länder eingreift und wohl zurückgewiesen werden würde, ist von der EU keine deutliche Ausrichtung auf eine rasche Reduzierung von Treibhausgasen zu erwarten.

In der Folge liegt es in der Verantwortung der Akteure der Abfallbranche, sich dieses Ziels selbst anzunehmen und die aktuelle Situation zu analysieren. Eine transparente Diskussion dieser Situation wird als Gebot der Stunde ange-mahnt. Dass schon Begriffe wie Kreislaufwirtschaft falsche Signale setzen, sollte erkannt werden.

Abstract

The actors in the waste sector are aware that their services make positive contributions to climate protection. However, there is no stringent strategy on how best to combat climate change, although this could be derived from the scientific findings from Germany after the 2005 landfill ban. The successes of thermal recycling, which made the landfill ban possible in the first place, are overlooked. A focus on avoidance and recycling, which is understandable in countries without landfill (untreated waste), is made by the EU the maxim of its communication throughout the EU. Through a targeted strategy, high CO₂ reductions could be achieved very quickly. To this end, project funding in all countries would have to be specifically geared towards closing landfills. Projects with high potential for reducing greenhouse gases must be prioritised. Since this interferes with the

self-image of the individual countries and would probably be rejected, no clear orientation towards a rapid reduction of greenhouse gases can be expected from the EU.

As a consequence, it is the responsibility of the actors in the waste sector to take up this goal themselves and to analyse the current situation. A transparent discussion of this situation is urged as the order of the day. It should be recognised that even terms such as circular economy send the wrong signals.

1. Einführung

Ist die Art, wie wir mit Abfällen umgehen, ein Treiber der Klimakrise oder ein Teil der Lösung? Die Klimakrise ist ein weltweites Problem. Wenn wir das Thema Abfall – vermüllte Gegenden, die riesigen offenen Deponien, die wilden Kippen und das Plastik im Meer – im globalen Kontext betrachten, ist die Abfallwirtschaft einer der größten Treiber der Klimakrise. Wenn wir sehen, wie es wenigen westlichen Ländern gelungen ist, mit der Flut der zunehmenden Abfälle umzugehen, zeigt sich ein enormes Potential. Mit unserer Hilfe kann der richtige Umgang mit Abfällen in vielen Ländern und Regionen dieser Welt zu einer Reduzierung der Treibhausgase um weit über 20% des jeweiligen Landes oder der Region führen. Doch dazu müssen wir zuallererst unsere Erfahrungen exportieren, die wir in Deutschland mit dem Deponieverbot 2005 gemacht haben und erst dann unsere Sehnsüchte, den Abfall vielleicht irgendwann einmal ganz zu vermeiden. Lassen Sie uns dabei offen mit unseren Stärken und Schwächen umgehen und zunächst herausfinden, wie das Problem Abfall und seine Lösungsansätze in der Branche und in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

2. Ausgangslage – Enorme gemeinsame Anstrengungen zum Klimaschutz

Die IFAT München, Weltleitmesse für visionäre Technologien und intelligente Lösungen der Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, bot in Zusammenarbeit mit myclimate in diesem Jahr den Aussteller:innen und Besucher:innen erstmals die Möglichkeit, mit GoGreen Tickets CO₂ Emissionen zu

kompensieren. Die Initiative war erfolgreich, denn 30 % der Aussteller:innen und Besucher:innen bezahlten einen Aufschlag auf den Eintrittspreis und kompensierten somit über 16.000 Tonnen CO₂.

Der Veranstalter, die Messe München, als auch die Vertreter der Umweltbranche verdeutlichen nicht nur mit dem Kauf der GoGreen Tickets ihr Bewusstsein für nachhaltiges Handeln. Alle Projekte, die durch diese Initiative der Messe München mitfinanziert werden, stehen gleich für mehrere UN-Nachhaltigkeitsziele. Nachhaltigkeit ist das Credo der gesamten Umweltbranche und der Politik.

Die Messe München präsentiert auf ihrer Internetseite die unterstützten Projekte:

Die Bundesregierung betont beispielsweise im Förderprogramm „Exportinitiative Umwelttechnologien“ (EXI), in der Begrüßung zur Jahreskonferenz der „Exportinitiative Umweltschutz“ am 1. und 2. September in Berlin durch Christiane Rohleder, Staatssekretärin des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), dass Umwelttechnologien „weltweit ein entscheidender Schlüssel für mehr Nachhaltigkeit“ sind. Auch dem Evaluationsbericht zum EXI Förderprogramm des BMUV ist zu entnehmen, dass die EXI „nicht als eine Exportförderung im klassischen Sinne zu verstehen“ ist, welche die reine Produktförderung in den Vordergrund stellt, sondern dass das Programm darauf abzielt, in Ländern mit Unterstützungsbedarf einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und Daseinsvorsorge zu leisten.

Die Förderpolitik der Bundesregierung zielt nicht prioritär auf eine Umsatzsteigerung für deutsche Unternehmen. Vielmehr ist es die Vermittlung von Kenntnissen und Kompetenzen deutscher Akteure, die einen Beitrag zum Umweltschutz auf globaler Ebene leisten. Dass dabei gerade auch kleine Projekte gefördert werden, die der Armutsbildung gemäß UN-Nachhaltigkeitsziel 1 entgegenwirken und in denen es um Bildung, dezentrale Strukturen und um die Rettung des Regenwaldes geht, kann nicht genug hervorgehoben werden.

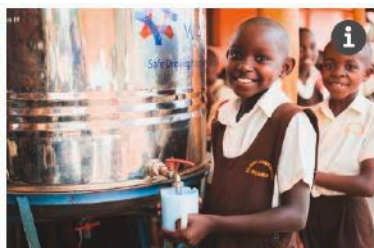
Die Europäische Union setzt ähnliche Schwerpunkte, wie der Green Deal zeigt: „Die EU hat sich das Ziel ge-

setzt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und damit ihren Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris nachzukommen. Dafür braucht es einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel in Europa, der kosteneffizient, gerecht und sozial ausgewogen sein muss.“

3. Klimaschutz – sind wir auf dem richtigen Weg?

Mit aller Hochachtung vor diesen Zielen und der politischen Realität, dass in den Ländern der Europäischen Union nicht gerade Einigkeit herrscht, möchte der vorliegende Beitrag anregen, Strategien „zur nachhaltigen Entwicklung und Daseinsvorsorge“ bzw. zur „Klimaneutralität 2050“ vermehrt auf die Dringlichkeit auszurichten, wie sie der Weltklimarat IPCC in seinem ersten Teil des Weltklimaberichts vom 9. August 2021 ausdrückt. Der Weltklimarat sieht eine schnelle, umfassende und nachhaltige Reduzierung von Treibhausgasen nur dann, wenn die Menschheit die globale Erderwärmung auf 1,5 oder zumindest auf zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter begrenzt. Dies im Blick fordert der Weltklimarat IPCC in dem Bericht „politische Entschlossenheit und konsequente Durchführung mit klaren Zielen und Prioritäten ...“ und nennt als richtigen Zeitpunkt für die Anpassung nicht irgendwann, sondern „jetzt“!

Die diesjährige Jahreskonferenz der „Exportinitiative Umweltschutz“ am 1. und 2. September in Berlin war eine gute Gelegenheit herauszufinden, ob die rund 150 Vertreter:innen aus Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, von nichtstaatlichen Organisationen sowie verschiedenen Bundesministerien die hier angemerkte Dringlichkeit bereits im Blick haben. In Berlin ging es darum, die Frage zu diskutieren, wie GreenTech-Anwendungen in Zukunft noch besser ihre Wirkung entfalten können und – heruntergebrochen auf Workshops zu den Themen Kreislaufwirtschaft, Wasser- und Abwassertechnik sowie grüne Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie – wie die Akteur:innen in den vielen Projekten auf aktuelle Entwicklungen reagieren.



Sauberes Trinkwasser für Schulen und Haushalte in Uganda

Ihre Unterstützung trägt zu 8 SDGs bei



Aus Abfall wird Biogas für Kleinbauern in Vietnam

Ihre Unterstützung trägt zu 11 SDGs bei



Weniger Abholzung des Regenwaldes dank effizienten Kochern in Kenia

Ihre Unterstützung trägt zu 10 SDGs bei

Abbildung 1
Von der Messe München unterstützte Projekte: <https://ifat.de/de/messe/nachhaltigkeit/code-of-conduct/>

Abbildung 2
Die 17 Nachhaltigkeits-
ziele der United Nations



Im Workshop Kreislaufwirtschaft wurden u. a. folgende problematische Entwicklungen identifiziert:

- ◆ Unsicherheiten in weltweiten Lieferketten
- ◆ Die hohe Vulnerabilität unserer auf Export ausgerichteten Wirtschaft
- ◆ Kostensteigerungen und generell
- ◆ Russlands Angriffskrieg in der Ukraine und in der Konsequenz
- ◆ Die sichtbare Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten
- ◆ Der Wegfall der Förderung von Projekten in Ländern, die unmittelbar vom Krieg betroffen sind

Die Klimakrise, bzw. die zunehmende Wahrnehmung um deren dringliche Bedeutung, war nicht präsent.

Die Kreislaufwirtschaft sieht Recycling zu Recht als wertvolle Maßnahme zum Klimaschutz an. In der Wahrnehmung des Autors stehen dabei jedoch eher die Erfüllung der vorgegebenen Recycling-Quoten im Vordergrund, als dass die jeweiligen Maßnahmen der schnellen Reduzierung von Treibhausgasen dienen.

Bleiben wir in der Welt der Exportinitiative und überprüfen wir, wie sich dies in einem konkreten Projekt zeigt:

Im Bericht eines aktuellen EXI-Projekts beziehen sich die Vorgaben für die nachhaltige Entwicklung in der Zielregion auf folgende Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen:

- ◆ Ziel 9: Ausbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur, der Förderung einer breitenwirksamen und nachhaltigen Industrialisierung und der Unterstützung von Innovationen
- ◆ Ziel 11: Widerstandsfähige und nachhaltige Gestaltung von Städten und Siedlungen
- ◆ Ziel 12: Sicherung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern
- ◆ Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Es ist wichtig zu erkennen, dass die Initiatoren des EXI-Projektes die Abfall- oder Kreislaufwirtschaft nicht mit dem UN-Nachhaltigkeitsziel 13 „Maßnahmen gegen den Klimawandel“ in Verbindung bringen. Deshalb werden auch keine mittel- oder kurzfristigen Ergebnisse zur Reduzierung der Treibhausgase erwartet: Es stehen erneut – ganz der Kommunikation der EU entsprechend – die Recyclingquoten im Vordergrund.

Die Abfallwirtschaft hat jedoch noch einen wesentlich größeren Hebel auf die emittierten Treibhausgase! Die umfassenden Erfahrungen Deutschlands auf die nachhaltige und erhebliche Reduktion der Treibhausgase dank des seit 1. Juli 2005 geltenden Deponieverbots ist wissenschaftlich dokumentiert.

Die 2010 veröffentlichte gemeinsame Studie¹ des Öko-Instituts und des IFEU-Instituts im Auftrag des Umweltbundesamtes UBA und des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft BDE verweist auf die jährlichen Deponieemissionen in zweistelligen Millionen Tonnen CO₂-Äq und bringt es auf den Punkt: „Deshalb sind in der EU, durch die **hochwertige stoffliche und energetische Nutzung der Abfälle anstelle deren Deponierung**, noch erhebliche Klimaschutzpotenziale in der Größenordnung von 140 Mio. bis etwa 200 Mio. t CO₂-Äq je Jahr zu realisieren.“

Warum werden die Deponien nicht weltweit geschlossen? Können wir es uns als Menschen auf einer zunehmend verletzten Erde erlauben, wissenschaftliche Erkenntnisse zu missachten?

4. Folgen der Klimakrise

Oktober 2021, Hochwasser im Ahrtal mit 134 Toten und 766 Verletzten, 467 zerstörte und 717 beschädigte Gebäude; mehrere tausend weitere Gebäude mussten untersucht werden. Brücken, Autobahnen und Haupt-

¹ Klimaschutzpotenziale der Abfallwirtschaft, UBA Texte 06. 2010, Download unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutzpotenziale-abfallwirtschaft?anfrage=Knummer&Suchwort=3907>

verkehrswege wie auch Gemeindestrassen und Schienenverkehr in mehreren hundert Kilometer.

August 2022, ungewohnt heftige Monsun-Regenfälle in Pakistan führten dazu, dass eine Fläche von mehr als 265.000 Quadratkilometern unter Wasser stand bzw. noch steht. Das entspricht rund $\frac{3}{4}$ der Fläche von Deutschland! Deutlich mehr als 1.000 Menschen haben in den Fluten ihr Leben verloren, unzählige mehr Haus und Hof.

Sommer 2022, ungewöhnliche Hitze in Europa, 700.000 ha Wald sind verbrannt.

Alle ernst zu nehmenden Quellen führen die Klimaerhitzung auf die Einflüsse des Menschen zurück.

5. Notwendige und mögliche Reaktionen

Die Wissenschaft mahnt an, schnell zu handeln, um möglichst das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Aber auch wenn dies nicht mehr erreichbar sein sollte, müssen wir so weit wie möglich unter dem 2,0 Grad Ziel bleiben, denn offensichtlich ist mit jedem höheren Wert hinter dem Komma enormes Leid verbunden und – wer damit mehr anfangen kann – enorme Schäden für die Volkswirtschaft.

Dass es möglich ist, neue Schwerpunkte zu setzen, zeigt das bereits zitierte ‚Konzeptpapier Kreislaufwirtschaft im Baltikum‘. In diesem Projekt wurde die ursprünglich ausschließlich auf die Verbesserung der Recyclingquote in den Ländern des Baltikums ausgerichtete Bearbeitung mit Blick auf

- ◆ den russischen Angriffskrieg in der Ukraine sowie
- ◆ auf die in den letzten Monaten enorm gestiegene Wahrnehmung der Bedeutung der Klimaerhitzung

ergänzt. Im Dialog mit dem Auftraggeber wurden die Möglichkeiten der Energieerzeugung aus Abfällen priorisiert, um alte wie mögliche neue Abhängigkeiten von Gasimporten zu reduzieren. Die Antworten der Abfallwirtschaft auf die Klimakrise, sollten – so die Autoren – mehr im Vordergrund stehen.

Dabei genügte es, die Maximen zur Bearbeitung des Konzeptpapiers um das UN-Nachhaltigkeitsziel 13 ‚Maßnahmen zum Klimaschutz‘ zu ergänzen und darüber zu informieren, mit welcher zielgerichteten Strategie der Abfallwirtschaft die Vorgaben der Vereinigten Nationen zur Erreichung des Klimaziels „Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen müssen sofort ergriffen werden“, entsprochen werden kann.

Welche Schwerpunkte müssten demnach im Kampf gegen die Klimaerhitzung gesetzt werden?

Aus einer Gewichtstonne (Mg) nicht vorbehandelter Siedlungsabfälle entstehen über 2 Mg CO₂ Äquivalente. Eine Deponie, auf der pro Jahr konstant 100.000 Mg Siedlungsabfälle deponiert werden, emittiert pro Jahr über 200.000 Mg CO₂ Äquivalente.

Nach den Studien, die nach der Umsetzung des Deponieverbots in Deutschland Anfang Juli 2005 entstanden, sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den enormen Beiträgen der Abfallwirtschaft am Klimaschutz eindeutig.

Der Presseinformation Nr. 01/2010 des Umweltbundesamtes (UBA) zur Vorstellung der gemeinsamen

Studie von BMU, UBA und des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. (BDE) fasst die Erkenntnisse über den Beitrag der Deutschen Abfallwirtschaft zum Klimaschutz wie folgt zusammen:

„Die ursprüngliche Belastung des Klimas durch abfallwirtschaftliche Maßnahmen betrug in Deutschland 1990 rund 38 Millionen Tonnen CO₂ Äquivalente. Bis zum Jahr 2006 hat sich dies in eine Entlastung von etwa 18 Millionen Tonnen gewandelt. Somit konnten, insbesondere durch den Ausstieg aus der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle, die Emissionen klimaschädlicher Gase durch die Abfallwirtschaft um insgesamt rund 56 Millionen Tonnen gesenkt werden.“

Der gemeinsamen Studie² aus 2010 (!) ist folgender Blick auf die EU zu entnehmen:

„Insgesamt belasten europäische Abfälle je nach Gasfassung auf den Deponien das Klima jedes Jahr mit Treibhausgasemissionen in Höhe von bis zu 78 Millionen Tonnen CO₂ Äquivalenten. Ein striktes Deponieverbot für unbehandelte Abfälle nach dem Vorbild von Deutschland, Österreich oder der Schweiz würde ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung der Klimaschutzbilanz der Abfallwirtschaft sein.“

Die sechs Monate später veröffentlichte gemeinsame Studie³ des Öko-Instituts und des ifeu-Instituts im Auftrag des UBA und des BDE kommt zu folgenden Aussagen:

„In der EU 27 ist die Situation anders, da EU-weit noch etwa 40% der Abfälle deponiert werden. Die Deponien verursachen erhebliche Methanemissionen – 50 Mio. und 80 Mio. t CO₂-Äq je Jahr. Deshalb sind in der EU, durch die hochwertige stoffliche und energetische Nutzung der Abfälle anstelle deren Deponierung noch erhebliche Klimaschutzpotenziale, in der Größenordnung von 140 Mio. bis etwa 200 Mio. t CO₂-Äq je Jahr, zu realisieren.“

Auf den Internetseiten des deutschen Umweltbundesamtes wird der Zusammenhang nochmals deutlich:

„Die Abfallwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz⁴. Recycling, die energetische Nutzung von Restabfällen sowie die Deponiegaserfassung und -nutzung tragen erheblich zur Minderung von Treibhausgasen bei. Das Ablagerungsverbot für nicht vorbehandelte Siedlungsabfälle hat einen entscheidenden Impuls für diese Entwicklung in Deutschland gegeben. ... Die energetische Nutzung der verbleibenden Restabfallmengen trägt ebenfalls zum Klimaschutz bei. Denn damit werden fossile Brennstoffe zur Energieerzeugung ersetzt. Den größten Beitrag liefert aber die Vermeidung der Methanbildung in Deponien.“

Am Ziel einer möglichst sofortigen Minderung um 600 Mio. t CO₂-Äq in der EU „kann die Abfallwirtschaft⁵ 24% bzw. 32% (je nach Szenario) beitragen. Ein striktes Deponieverbot für unbehandelte Abfälle nach dem Vorbild von Deutschland, Österreich oder der Schweiz würde die entscheidenden Beiträge zur Verbesserung

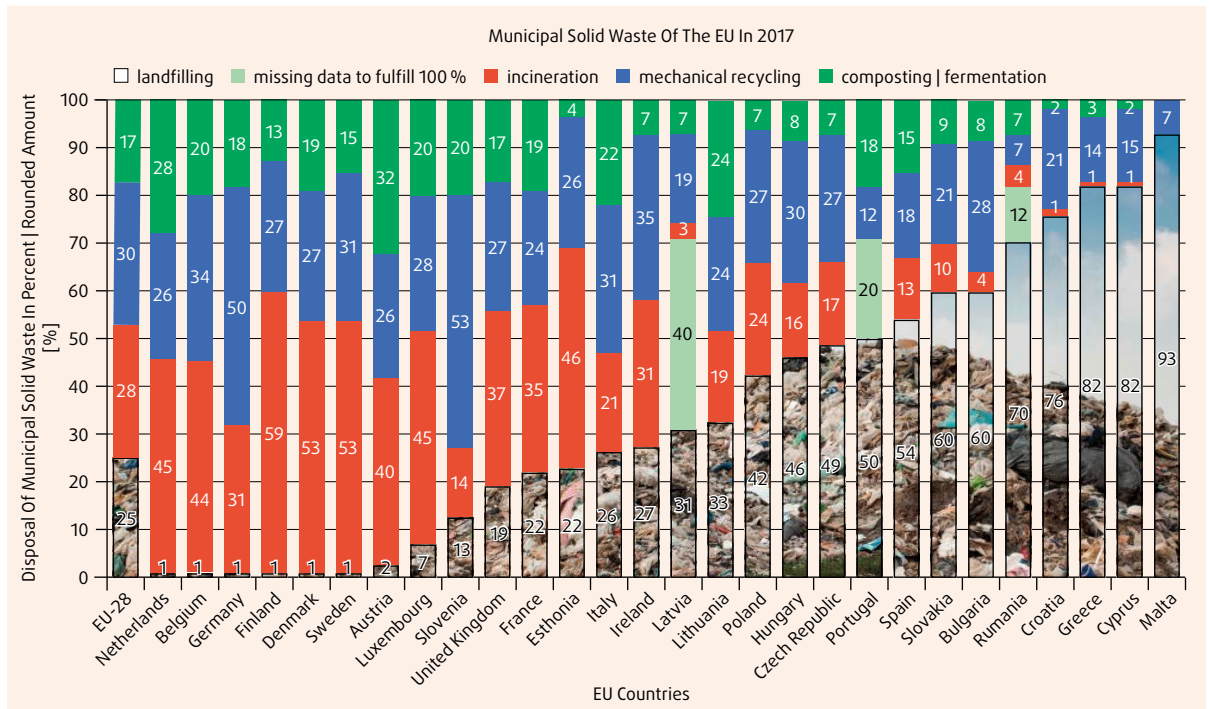
2 Broschüre In <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3893.pdf>

3 Klimaschutzpotenziale der Abfallwirtschaft, UBA Texte 06_2010, Download unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutzpotenziale-abfallwirtschaft?anfrage=Knummer&Suchwort=3907>

4 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/abfallwirtschaft/klimaschutz-in-der-abfallwirtschaft>

5 Klimarelevanz der Abfallwirtschaft, UBA Januar 2011

Abbildung 3
Behandlung von Siedlungsabfällen in der EU (Daten: Eurostat, Grafik WtERT Germany GmbH)



der Klimaschutzbilanz der Abfallwirtschaft liefern und ist eine notwendige Voraussetzung für eine signifikante Optimierung in der EU 27. Eine ebenfalls erfolgreiche Lenkungsfunction wird durch Deponiesteuern erreicht, wie z. B. in den Niederlanden. Ein Minimalziel sollte die strikte Einhaltung der EU-Deponierichtlinie sein, die konkrete Ziele zur Verringerung der Menge biologisch abbaubarer Abfälle in Deponien setzt.“

Wieso diese Erkenntnisse auf Ebene der EU nicht präsent zu sein scheinen, kann der Studie Klimaschutzpotenzial⁶ der Siedlungsabfallwirtschaft [Ökoinstitut/ifeu 2005] entnommen werden. Den Ausführungen gemäß berichtet die Bilanzierung im Nationalen Inventarbericht (NIR) nach den Regeln des International Governmental Panel on Climate Change (IPCC) für den Sektor Abfall vor allem über die Emissionen aus Deponien. „Die Gutschriften z. B. aus dem genutzten Strom oder der Wärme aus Müllverbrennungsanlagen (MVA) werden im Sektor Energie verbucht. Andere Leistungen der Abfallwirtschaft, z. B. aus der stofflichen Verwertung, werden im Sektor Industrie gutgeschrieben.“

Sicher ist bis heute die ein oder andere Maßnahme in den Ländern der EU umgesetzt worden. Das aus wissenschaftlicher Sicht vorrangige Ziel des Schließens der Deponien durch Reduzierung der Abfälle ist jedoch, wie Abbildung 3 mit den Werten aus 2017 zeigt, aus dem politischen Blickfeld geraten.

Der Grafik (Bestandteil des bereits zitierten Konzeptpapiers) ist auch zu entnehmen, dass die Länder Niederlande, Belgien, Deutschland, Finnland, Dänemark, Schweden und Österreich, die nur noch eine geringe Deponierungsrate von 1 % bis 2 % aufweisen, dies durch eine in etwa hälftige Aufteilung zwischen:

- ◆ Kompostierung und mechanischem Recycling und
- ◆ Thermischer Verwertung erreicht haben.

Dankenswerter Weise war es in Absprache mit der Deutsch-Baltischen Außenhandelskammer möglich, die Akzente neu zu setzen und eine auf den Klimaschutz ausgerichteten Strategie zu formulieren. Als übergeordnete Zielvorgaben wurden folgende Werte genannt:

- ◆ ca. > 50%: Kompostierung und Recycling und
 - ◆ bis zu ca. 50%: Thermische Verwertung
- Wie die weiteren Ausführungen zeigen, können neben der Reduzierung der Abfall-Mengen, die heute noch deponiert werden, die technischen Maßnahmen im Deponiebetrieb (Abdeckung, Sickerwasser- und Gasfassung etc.) parallel effektiv wirken.

6. Das Recycling Narrativ

Unter den Mitwirkenden des EXI-Projektes wurden die o. g. Effekte der hälftigen Aufteilung Kompostierung/Recycling sowie Thermische Verwertung interessiert aufgenommen. Es ist wünschenswert, wenn auch in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit die energetische Verwertung von Abfällen, ohne die das Überwinden der Deponien für organische Abfälle nirgendwo in Europa erreicht wurde, einen mindestens ebenso hohen Stellenwert wie das Recycling einnehmen würde.

Wie soll das erreicht werden, wenn wichtige Forderungen⁷, wie

- ◆ Abfallvermeidung
- ◆ Mehr Recyclate in Neuprodukten
- ◆ Design auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit ausrichten
- ◆ Längere Garantiezeiten für Elektrogeräte
- ◆ Mehrweg- statt Einwegprodukte
- ◆ Ressourcenabgabe
- ◆ Streichen der Subventionen für die Plasterstellung

7 Wille, J. 2020, Grüne wollen eine Wirtschaft ohne Abfall in Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/wirtschaft/gruene-wollen-wirtschaft-ohne-abfall-13563180.html>

6 ebenda

◆ Steuerbonus für kreislauffreundliche Produkte regelmäßig mit einem Seitenhieb begleitet werden, dass in Deutschland zu viel verbrannt wird? Der Unterschied zwischen einer althergebrachten Müllverbrennung und einer WtE Anlage zur thermischen Verwertung mit Dampfabgabe an die Industrie, mit Fernwärme, mit vorgelagerter Sortierung für Sperr- und Gewerbemüll, mit CO₂-Abscheidung, mit Ansätzen, Wasserstoff herzustellen, wird in der Öffentlichkeit nicht thematisiert.

Dass die EU-Taxonomie Verordnung⁸ die Verbrennung von nicht gefährlichen Abfällen als „erheblich schädlich“ für die Kreislaufwirtschaft einstuft und dabei auch Maßnahmen der energetischen Abfallverwertung und etwa der Aufbereitung der Asche einbezieht, schadet der öffentlichen Wahrnehmung der thermischen Verwertung und fördert indirekt die Klimaerwärmung.

Wie man aus dem Aktionsplan Kreislaufwirtschaft⁹ der Europäischen Kommission von 2020 erkennen kann, übersieht die EU in ihrer Abfallkommunikation sichtlich die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Emissionen aus Deponien und wilden Kippen. Der Aktionsplan gilt als die Strategie der EU für die Weiterentwicklung der europäischen Kreislaufwirtschaft und ist eine zentrale Säule des EU Green Deals. Er zielt auf eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch, was durch eine ambitionierte Produktpolitik und vielen Ansätzen zur Abfallvermeidung geschehen soll.

Im Kapitel 9. Conclusion steht:

„The transition to the circular economy will be systemic, deep and transformative, in the EU and beyond. It will be disruptive at times, so it has to be fair. It will require an alignment and cooperation of all stakeholders at all levels – EU, national, regional and local, and international.

Therefore, the Commission invites EU institutions and bodies to endorse this Action Plan and actively contribute to its implementation and encourages Member States to adopt or update their national circular economy strategies, plans and measures in the light of its ambition. Furthermore, the Commission will recommend including the circular economy among the topics for discussion on the future of Europe and a regular theme of citizens' dialogues.“

So richtig diese Politik ist, so sehr ist sie zu weit in die Zukunft gerichtet, um die schnellen Effekte auf die Klimakrise zu generieren. Außerdem bleibt sie gegenüber den Staaten der EU unverbindlich. Die Dringlichkeit im Bereich des Klimawandels, Handlungen „jetzt“ zu unternehmen und Deponien zu überwinden, ist nirgends auch nur ansatzweise zu erkennen.

EU-Kommunikation und EU-Gesetzgebung:

Anders als die aktuelle EU-Kommunikation geht die EU-Gesetzgebung sehr wohl auf die Deponierung ein. Am 30.05.2018 trat die EU-Richtlinie 2018/850 zur Änderung der Richtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien (Deponierichtlinie) in Kraft und brachte einige wesent-

liche Änderungen¹⁰ mit sich. So wurde der Artikel 5 Absatz 5 in die Richtlinie 1999/31/EG aufgenommen, der besagt:

„Die Mitgliedstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Menge der auf Deponien abgelagerten Siedlungsabfälle bis 2035 auf höchstens 10 (Gewichts-)Prozent des gesamten Siedlungsabfallaufkommens verringert wird.“ (§ 5 Absatz 5 der Richtlinie 1999/31/EG)

Zusätzlich wurde eine Ausnahmeregelung für die Mitgliedsstaaten geschaffen:

Ein Mitgliedstaat kann die Frist für die Erreichung der Zielvorgabe gemäß Absatz 5 um bis zu fünf Jahre verlängern, sofern dieser Mitgliedstaat a) den im gemeinsamen Fragebogen von OECD und Eurostat zur Verfügung gestellten Daten zufolge im Jahr 2013 mehr als 60 % seiner Siedlungsabfälle auf Deponien abgelagert hat“ (Artikel 5 Absatz 6 der Richtlinie 1999/31/EG).

Auch da keine überprüfbaren Zwischenziele gefordert sind, scheint es, als ob die Gefährdungen von Methanemissionen aus offenen Ablagerungen bei der Schriftsetzung der Deponieverordnung nicht in dem heute bekannten Umfang Beachtung fanden. Dies ist bedauerlich.

Letztlich ist es den handelnden Akteur:innen in den von der EU-Richtlinie betroffenen Ländern unbenommen, im Sinne des Umweltschutzes eigene Regeln zu treffen oder auf lokaler/regionaler Ebene eigene Abwägungen zu formulieren. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Am Beispiel Bulgarien¹¹ sieht man, „dass der meiste Müll nach wie vor unsortiert auf den im Land existierenden 130 Deponien landet. Pro Jahr kippen die Bulgaren pro Kopf etwa 260 Kilogramm auf Müllhalden. Bulgarien droht außerdem ein Strafverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof, weil noch immer 114 Deponien zu viel umweltschädliches Methangas ausstoßen und deren Betrieb gegen die 2009 erlassene EU-Richtlinie für Mülldeponien verstößt. Die Politik hat auch Ärger mit illegalen Müllkippen.“

7. Die EU – ein zerbrechliches Gebilde

Die Vision eines geeinten Europas ist heute mehr als in den letzten 50 Jahren der Grundstein für die Europäische Union. Die letzten Monate haben gezeigt, dass Frieden und Stabilität in Europa längst nicht mehr selbstverständlich sind.

Wer die Meldung gelesen hat, dass die Europäische Kommission vorschlägt, „wegen Korruption und anderer Verstöße gegen den Rechtsstaat in Ungarn¹² ... dem Land Zahlungen in Höhe von rund 7,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt zu kürzen“, und dass sich Polen sofort auf die Seite Ungarns gestellt hat, muss erkennen, dass die Europäische Union ein zerbrechliches Konstrukt ist, das unterschiedliche Auffassung zu Rechtsmeinungen nur schwer harmonisieren kann. Die Abwägung zwischen dem Durchsetzen der mehr-

10 Bachmann, A. (2022), UBA, Entwicklungen im europäischen und nationalen Deponierecht, Kasseler Abfallforum 2022, Witzenhausen Institut

11 GTAI meldet am 08.07.2022 zu Bulgarien: Handlungsdruck: EU droht Bulgarien mit Gerichtsverfahren

12 <https://www.morgenpost.de/politik/article236457559/Ungarn-EU-Kommission-will-Gelder-kuerzen-um-7-5-Milliarden.html>

8 Vogl, J. 2022, <https://www.wtert.net/paper/4444/EUe-Taxonomy.html>

9 https://ec.europa.eu/environment/pdf/circular-economy/new_circular_economy_action_plan.pdf

heitlich vertretenen Meinung gegenüber Abweichlern und dem Ziel, die Einheit zu bewahren, wird in Zeiten von Energieknappheit und egoistischer Blockbildung nicht einfacher.

Der unterschiedliche Umgang mit Abfällen zeigt, dass die Haltungen zu Umweltfragen ebenso vielschichtig sind, wie manche Auffassungen zu Rechtsstaatlichkeit und Korruption.

8. Wir brauchen eine neue Kommunikation

Zusammengefasst zeigt sich, dass man nicht erwarten kann, dass die Europäische Union gerade in dieser unruhigen politischen Lage ein mit den meisten Ländern errungenes Einverständnis in gemeinsames europäisches Handeln riskiert, um etwa Malta, Zypern, Griechenland, Rumänien, Kroatien – die Länder, die in der Grafik (Abb. 02) ganz rechts stehen – zu zwingen, ihre Deponien frühzeitig zu schließen und/oder ordnungsgemäß zu betreiben. Dazu wird mit einer vermeintlich billigen Entsorgung auf Deponien in ganz Europa zu viel Geld verdient.

Es muss andere Wege geben, eine klimagerechte Abfall- bzw. Kreislaufwirtschaft zu kommunizieren, als auf eine neue Taxonomieverordnung der EU zu warten. Enorm hilfreich für eine neue Klarheit im abfallwirtschaftlichen Wirken ist die Vorgabe der EU, die Recyclingquote dort zu messen, wo Recycling beginnt und nicht beim Input zur Aufbereitung bzw. an der Landesgrenze.

Vielleicht kann es durch eine konzertierte Aktion der Akteure gelingen, die Zusammenhänge zwischen den vielen Maßnahmen und den Auswirkungen auf das Klima aufzudecken. Das ist möglich, wenn widerstrebende Interessen der Branchenverbände und auch die der Naturschutzverbände und NGO's dabei nicht im Wege stehen. Wer jahrelang gegen Dioxin gekämpft hat, braucht manchmal etwas länger, um die technischen Fortschritte einer modernen Rauchgasreinigung zu verinnerlichen.

Wer meint, dass sich thermische Verwertung und Recycling ausschließen, sollte realisieren, dass

- ◆ eine der größten Vergärungsanlagen in Deutschland beim Abfallheizkraftwerk (AHKW) in Augsburg steht,
- ◆ sich der Zweckverband Schwandorf (ZMS) neben seinem seit 40 Jahren mit Abfall betriebenen Kraftwerk auch um das Recycling von Sperrmüll und Gewerbeabfall kümmert,
- ◆ dass die Wärmeversorgung in den Gemeinden um die Anlagen der GfA in Olching durch Fernwärme gesichert ist. Recycling und Thermische Verwertung sind ergo kein Widerspruch.

Es dient erheblich darüber hinaus der Glaubwürdigkeit, wenn Abfallheizkraftwerke wie in Weißenhorn einen vorgelagerten Annahmehereich für Wertstoffe vorhalten, die ansonsten einfach in den Bunker geworfen werden würden.

9. Begriffe ernst nehmen

Vielleicht hilft es unserem Klima, wenn wir achtsamer mit den Begriffen umgehen?

Der Strategie „Zero Waste“ kann der Autor nur etwas abgewinnen, weil er weiß, dass damit kein „Null Abfall“ Ziel formuliert ist. Einem Ziel nicht zu vertrauen ist gleichbedeutend damit, sich auch nicht anzustrengen. Bürger:innen wissen das aber zunächst nicht. Können wir sicher sein, dass sie sich nicht einfach vollständig abwenden, wenn sie erkennen, dass die ‚Zero Waste Stadt‘ nie damit gerechnet hat, dass kein Abfall übrigbleibt?

Wie ist es mit unserem Umgang mit Kritik? Die ARD Dokumentation „Die Recycling-Lüge“ als unsinnig abzutun zeugt nicht von stärkeren Argumenten sondern nur von der Angst, es könne doch etwas dran sein. Haben die Plastikabfälle im Meer wirklich nichts mit uns zu tun?

Wieso verknüpfen wir Begriffe wie Kreislaufwirtschaft mit dem Attribut nachhaltig, wo wir doch wissen, dass Nachhaltigkeit neben der Wirtschaft auch den Menschen, die Umwelt und die Kultur einbezieht? Sprache ist wichtig, denn sie formuliert Gedanken. Wir brauchen den Begriff ‚Kultur‘, wenn wir z. B. der Wegwerfmentalität entgegenhalten, dass damit die Kultur verloren geht, die wir empfinden, wenn wir den Kaffee aus einer Porzellantasse im Café trinken. Stellen Sie sich vor, in einer italienischen Espresso-Bar bekämen Sie kleine Papp-Becher zum Mitnehmen? Und in Deutschland? Hier gibt es bereits den „Wein to go“ ...

Die Umwelt zu lieben und zu achten, ist Teil unserer Kultur. ‚Kreislaufwirtschaft‘ greift deshalb zu kurz. Der Begriff ‚Kreislaufgesellschaft‘ ist längst geboren. Warum verwenden wir ihn nicht? Haben wir etwa Angst, ein wiederverwendeter Kühlschrank könne unsere Wirtschaft in den Ruin führen? Es sind Unmengen von wiederverwendbaren Gütern, die natürlich die Umsätze der konventionellen, auf Absatzwachstum ausgerichteten Wirtschaft und des Handels reduzieren. Aber „aus dem Abfall gerettet“, aufbereitet oder gegebenenfalls repariert, werden die Gebrauchsgüter zu lokalen Arbeitsgeneratoren: Neue Konzepte sind nötig, um das Wirtschaften wirklich nachhaltig zu gestalten.

Eine Kreislaufgesellschaft stellt „Vorbereitung zur Wiederverwendung“ (VzW) eindeutig in der Hierarchie vor „Recycling“.

Eine Kreislaufwirtschaft bildet eine gemeinsame Recyclingquote aus Vorbereitung zur Wiederverwendung und Recycling.

Ist Klimaschutz nicht Grund genug, genauer hinzusehen und nachhaltige Strukturen zu verändern? Wir sollten darüber diskutieren.

Berühren unsere Exporte der in Deutschland nicht recycelbaren Kunststofffraktionen das UN-Nachhaltigkeitsziel 14 „Leben unter Wasser“, weil sie nachweisbar im Meer wiedergefunden werden? Kann unsere Branche garantieren, dass die Reste aus der Aufbereitung der deutschen Kunststoffe im Ausland ordnungsgemäß verwertet und nicht deponiert werden? Das wäre die mindeste Antwort auf die Dokumentation „Die Recyclinglüge“.

Anschrift des Autors

Werner P. Bauer

c/o ia GmbH, Lipowskystraße 8, 81373 München